

Cannabis kontrolliert abgeben, Sicherheit erhöhen

Die Drogenpolitik in Deutschland tritt seit Jahren auf der Stelle. Erfolge bleiben bisher aus. Laut einer aktuellen Studie des Bundesgesundheitsministeriums „Cannabis: Potential und Risiken. Eine wissenschaftliche Analyse“ (CaPRis) konsumieren rund 1,2 Millionen Menschen in Deutschland Cannabis. Die tatsächliche Zahl regelmäßiger Cannabis-Konsumenten dürfte noch deutlich höher sein. Der Staat hat die Kontrolle über den illegalen Markt verloren. Polizei und Justiz verschwenden enorme Ressourcen, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten. Mit einer kontrollierten Abgabe an Erwachsene wollen wir neue Wege beschreiten und damit Jugend- und Gesundheitsschutz stärken. Der Staat könnte mit den erzielten Steuereinnahmen zudem Präventionsmaßnahmen finanzieren.

Wir brauchen neues Denken in der Drogenpolitik. In einem ersten Schritt wollen wir daher die kontrollierte Abgabe von Cannabis in Modellprojekten ermöglichen.

Verbotspolitik auf ganzer Linie gescheitert

Wir wollen eine faktenbasierte und ideologiefreie Cannabispolitik. In Deutschland gibt es nach Angaben der Bundesregierung 1,2 Millionen Bürger zwischen 18 und 64 Jahren, die monatlich oder häufiger Cannabis konsumieren. Die Hälfte davon sogar wöchentlich oder öfter.

Gibt es zum Alkoholismus klare Todesstatistiken, ist dies bei Cannabis nicht der Fall. Die Schädlichkeit des Konsums von Cannabis ist, wie so oft im Leben, eine Frage der Häufigkeit und der Menge.

Die Verbots- und Kriminalisierungspolitik hat seine Ziele verfehlt. Sie ist in Wahrheit ein Konjunkturprogramm für den Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität. Dies ist gerade deshalb bedenklich, da der Schwarzmarkt auch Jugendlichen einen leichten Zugang zu harten Drogen ermöglicht. Hinzu kommt, dass die Qualität des Cannabis auf dem Schwarzmarkt oft minderwertig ist.

Bei einem Großteil der von der Polizei erfassten Fälle geht es um Konsumenten. Die Verfolgung der großen Dealer rückt so in den Hintergrund. Die meisten Ermittlungen stellt die Staatsanwaltschaften ein, da es nur

um geringe Mengen geht. Hunderttausende Arbeitsstunden fallen so bei Polizei und Justiz an, die bei der Verfolgung schwerer Kriminalität wesentlich sinnvoller eingesetzt werden könnten. Daher spricht sich inzwischen auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) für ein Ende des Cannabis-Verbots aus. In einem legalen, aber regulierten Markt hätte der Staat die Kontrolle und könnte die Regeln selbst festlegen. Cannabisprodukte würden ausschließlich in lizenzierten Geschäften und nur an Erwachsene verkauft. Jugend- und Gesundheitsschutz ließen sich so verbessern. Der Verkauf verunreinigter Ware würde verhindert, der Zugang zu harten Drogen erschwert. Konsumenten erhalten durch eine kontrollierte Abgabe eine bessere Transparenz über Qualität und Wirkstoffgehalt des Cannabisprodukts. Wir wollen daher Cannabis als Genussmittel und nicht wie bisher als Betäubungsmittel einstufen. In einem ersten Schritt wollen wir wissenschaftlich begleitete Modellprojekte ermöglichen.

Prävention stärken

Mit den erzielten Steuereinnahmen kann die Suchtbekämpfung und -prävention verbessert werden. Aktuell gibt der Bund dafür 14 Millionen Euro aus – das sind lediglich 17 Cent pro Einwohner und Jahr. Durch den Wegfall der Verfolgung von Cannabis-Delikten ergeben sich zudem große Einsparpotenziale.

Andere Länder machen es vor

International gibt es prominente Vorreiter einer modernen und liberalen Cannabispolitik. In den US-Bundesstaaten Colorado und Kalifornien beispielsweise darf Cannabis in lizenzierten Läden an über 21-Jährige verkauft werden. Seit Juli 2018 ist der Konsum und Anbau ebenfalls in Kanada legal. Auch in Europa gibt es gute Beispiele: In Portugal wird der Cannabiskonsum nicht mehr als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit eingestuft. Konsumenten werden so entkriminalisiert. Weltweit folgen immer mehr Staaten dem Trend einer modernen liberalen Cannabispolitik.

Wir brauchen neues Denken in der Cannabispolitik. Mit einer liberalen Politik stärken wir den Jugend- und Gesundheitsschutz und schaffen zugleich mehr Sicherheit.